

Jürgen Grässlin
Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch
Freiburg
Mob.: 0170-611 37 59
E-Mail: jg@rib-ev.de

„Gegenantrag zur Aktionärshauptversammlung der Heckler & Koch AG am 21. September 2018

zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Mitglieder des Vorstandes werden nicht entlastet.

Begründung:

Die Chaostage, die der H&K-Vorstand für 2017 und 2018 verantwortet, haben das Renommee und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Heckler & Koch AG ins Bodenlose abstürzen lassen. Die Hauptversammlung (HV) 2017 fand in einem völlig überfüllten und überhitzten Raum des Wellness-Hotels „Züfle“ in Sulz-Glatt statt. Für Juni wurde mit dem Rathaus in Oberndorf erneut eine unangemessene Räumlichkeit gewählt. Geradema vier Tage vor dem HV-Termin am 26. Juni erhielten H&K-Aktionäre (auch ich) ein Schreiben der Vorstände Dr. Jens-Bodo Koch und Wolfgang Hesse mit der Absage zugesandt.

Desaströs ist die Finanzpolitik. Diese führte dazu, dass Moody's das Rating für H&K auf Caa1 absenkte. „Ramschniveau“ bewerteten Medien diese Einstufung. Die Folge: Keine seriösere Finanzpolitik, sondern die Kündigung für die beiden Ratingagenturen Moody's und S&P.

Menschenverachtend ist die Geschäftspolitik. Die Versprechungen des H&K-Vorstandes, wonach fortan Kriegswaffen ausschließlich in „grüne Länder“ (NATO-Staaten, NATO-assozierte Staaten und EU-Staaten) exportiert würden, stehen in krassem Widerspruch zu den 2017 erfolgten Kriegswaffenlieferungen in „gelbe“ oder gar „rote“ Länder.

Zu ihnen zählen Staaten wie Indonesien, Malaysia und Südkorea, die als „Altaufträge“ ausgeführt werden sollten. Laut Beschluss des Bundessicherheitsrates (BSR) und des Vorbereitenden Ausschusses der Bundesregierung von 2016 durften diese Staaten – rein rechtlich – mit Kleinwaffen von H&K beliefert werden. So genehmigte der BSR u.a. den Export hunderter vollautomatischer Gewehre, zahlreicher Anbaugeräte, Maschinengewehre und Maschinenpistolen nach Indonesien.

Des Weiteren genehmigte der BSR den Export Hunderter vollautomatischer Gewehre, Maschinenpistolen, Maschinengewehre und Waffenteile nach Malaysia. Südkorea konnte mit Hunderten vollautomatischer Gewehre und Gehäuseoberteilen beliefert werden. Der H&K-Vorstand verkündete, diese Aufträge 2017 und danach auszuführen.

Staaten wie Indonesien und Malaysia stehen in der Tradition skrupelloser Kriegswaffenlieferungen nach Mexiko trotz desaströser Menschenrechtsslage. Bereits ab 2006 (dem Beginn illegaler Lieferungen von 4702 G36-Sturmgevehren in vier verbotene Unruheprovinzen) hätte Mexiko als „blutrotes Land“ eingestuft werden müssen. Siehe hierzu die Berichterstattung des GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (siehe www.gn-stat.org) in mehreren Weltsprachen.

Laut Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) 2018 für 2017 muss die Menschenrechtslage in Indonesien und Malaysia als katastrophal bezeichnet werden. Südkorea befindet sich in einem ausgeprägten Spannungsverhältnis zu Nordkorea.

Die Folgen dieser fortgeführten Rüstungsexportpolitik an menschenrechtsverletzende Staaten sind Verstümmelung und Tod für Abertausende weiterer Menschen. Dafür wird der Vorstand der H&K AG massiv Mitverantwortung tragen.

Das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE wird in den kommenden Jahren weltweit über die fatalen Folgen der H&K-Kriegswaffenlieferungen berichten. Über Ärzteorganisationen, wie der IPPNW (siehe <https://www.ippnw.de/internationales/ippnw-international.html>), und über Menschenrechtsorganisationen, werden wir den Opfern des Einsatzes von H&K-Waffen eine Stimme geben. Und wir werden die Verantwortlichen in Täterprofilen auf der Website des GN-STAT weltweit publik machen.

In intensiver Zusammenarbeit mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ (siehe www.aufschrei-waffenhandel.de), mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (www.dfg-vk.de) und mit Ohne Rüstung leben (<https://www.ohne-ruestung-leben.de/aktuell.html>) werden wir die Geschäftspolitik der H&K AG weiterhin äußerst kritisch begleiten.

Denn auch die Behauptung der H&K-Führung, die „Grüne-Länder-Strategie“ sei moralisch und ethisch vertretbar, weckt große Zweifel. In den USA – laut H&K ein „grünes“ Land – errichtet unser Unternehmen zurzeit in Georgia eine Pistolenfabrik. Dabei sterben in den USA täglich im Durchschnitt mehr als 50 Menschen durch den Einsatz von Kleinwaffen, wie Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehren – eingesetzt bei Amokläufen, Schulmassakern, Terroranschlägen und Suiziden. Der öffentliche Protest gegen den nahezu freien Verkauf dieser Waffen hat in den USA 2017 und 2018 massiv zugenommen. Allen voran demonstrieren Schüler landesweit gegen die laxen Waffengesetze unter US-Präsident Donald Trump, die hemmungslos agierende Waffenlobby der National Rifle Association (NRA) und den Waffenverkauf US-amerikanischer und ausländischer Kleinwaffenproduzenten, wie H&K.

Wir bitten die Aktionäre der H&K AG: Schließen Sie sich unseren Gegenanträgen an und übertragen Sie Ihre Stimmrechte auf die Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K), cc RüstungsInformationsBüro, RIB e.V., Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg (www.rib-ev.de) oder auf den Dachverband der Kritischen AktionärInnen in Köln (www.kritischeaktionaeere.de).“